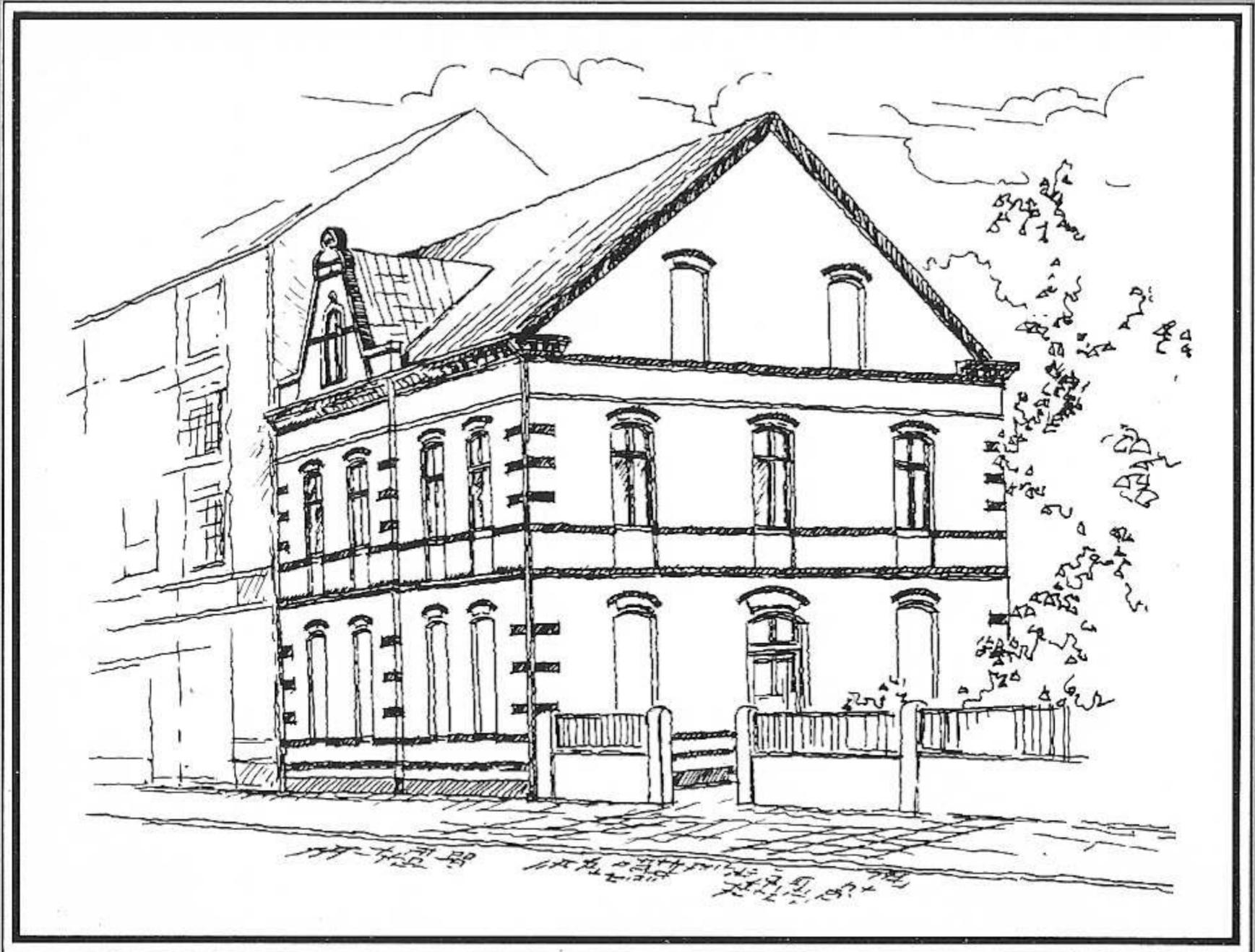


**Vergessen hält die Erlösung auf,
Erinnerung bringt sie näher.**



**Zum Gedenken
an die
Jüdische Gemeinde in Hamborn**

Vergessen hält die Erlösung auf,
Erinnerung bringt sie näher.

Zum Gedenken an die Jüdische Gemeinde in Hamborn

Herausgegeben vom
Evangelischen Kirchenkreis Duisburg-Nord im November 1988

zum 50. Jahrestag
der Zerstörung
der Hamborner Synagoge am 10. November 1938

Mit Beiträgen von:

Christa Danzberg
Samuel Kösten
Armin Schneider
Wolfgang Tereick
Albert Walter

Zusammenstellung und Layout: Wolfgang Tereick
Gesamtherstellung: Vesterdruck Duisburg-Neumühl

Inhalt

Bildernachweis:

- Fotos:** Familie Gatermann: S.15
Rolf Köppen: S.14, S.19 (rechts), S.20
Andreas Probst: S.39
Familie Riemer: S.16 (Retusche: Udo Daniel)
Wolfgang Tereick: S.19 (links), S.22
- Zeichnung:** Detlef Broscho: Titelseite, S.17
- Zeitungsfoto:** aus israelischer Zeitschrift, S.28

Geleitwort	Superintendent Brandt; Dechant Kusenberg	6
Zu dieser Gedenkschrift		9
Die Anfänge: Geschichte der Juden im Duisburger Raum bis 1860	Ilse Ückert	11
Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Hamborn bis 1938	Wolfgang Tereick	13
Zeitzeuge: Erinnerungen an die Hamborner Synagoge	Samuel Kösten bearbeitet von Armin Schneider	24
Zeitzeugin: Erinnerungen einer Elfjährigen	Ilse Ückert	26
Zeitzeuge: Judenverfolgung und Hetze	Samuel Kösten bearbeitet von Armin Schneider	28
Das Ende der Jüdischen Gemeinde in Duisburg	Albert Walter	31
Erneuerung des Verhältnisses zwischen Juden und Christen nach 1945	Christa Danzberg	37
Anhang: Beschluß der Rheinischen Landessynode von 1980		43

Geleitwort

Die Reichspogromnacht vom 9. und 10. November 1938 gehört auch zur Duisburger Stadtgeschichte. Die Synagogen in der Stadtmitte, in Ruhrort und in Hamborn gingen in Flammen auf. Jüdische Geschäfte wurden zerstört und geplündert, jüdische Mitbürger verfolgt und mißhandelt. Dem Holocaust war der Weg bereitet.

Erst Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches begann in den beiden großen christlichen Kirchen das Nachdenken über ein neues Verhältnis zwischen Christen und Juden.

Für die katholische Kirche waren die Erklärungen des Zweiten Vatikanischen Konzils wegweisend. Auf evangelischer Seite war der Beschluß der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland von 1980 bahnbrechend, mit dem nach gründlicher theologischer Neubesinnung alle Gemeinden zur Umkehr und Erneuerung aufgerufen wurden.

Diese vorbildlichen Appelle sind aber nur wirksam, wenn sie auch vor unserer Haustür Gestalt gewinnen. Dazu will das vorliegende Heft helfen, das anläßlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht an die Duisburger Bevölkerung herausgeht.

Der Rückblick auf die Geschichte zeigt, wie durch die Jahrhunderte hindurch der Antisemitismus auch in unserer Stadt Tradition war.

Die Erinnerungen an die Hamborner Synagogengemeinde versuchen, so vieles wie möglich vor dem Vergessen zu bewahren. Besonders eindrucksvoll sind die persönlichen Erlebnisberichte von Zeitzeugen. Sie machen deutlich, daß Geschichte mehr ist als das Aufschreiben des Gewesenen.

Umkehr und Erneuerung sind das Ziel unserer Erinnerung.

Vergessen hält die Erlösung auf. Erinnerung bringt sie näher. Dieses Wort eines jüdischen Gelehrten steht über der Gedenktafel, die an die ehemalige Synagoge in Hamborn erinnert.

"Die Erinnerung ist die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte. Sie ist die Quelle des Glaubens an die Erlösung. Diese Erfahrung schafft Hoffnung, sie schafft Glauben an Erlösung, an Wiedervereinigung des Getrennten, an Versöhnung. Wer sie vergißt, verliert den Glauben." (Bundespräsident Richard von Weizsäcker)

Wir danken den Verfassern dieses Heftes dafür, daß sie ihren Beitrag dazu geleistet haben, die Erinnerung an die Hamborner Synagoge unter uns wach zu halten.

Karl-Wolfgang Brandt
- Superintendent -

Hermann Kusenberg
- Dechant -

Zu dieser Gedenkschrift:

Mit unserer Schrift Gedenken an die Jüdische Gemeinde in Hamborn wollen wir die Erinnerung wachhalten und neue Aufmerksamkeit wecken.

Wir erheben keinen wissenschaftlichen Anspruch, sondern wir wollen Geschichte und Geschichten erzählen. *)

Die einzelnen Kapitel dieser Schrift sind von verschiedenen Verfassern geschrieben und bearbeitet worden. Der Ausdruck von persönlicher Betroffenheit und das Bemühen um sachliche Information kommen so zusammen.

*) Für die historischen Teile diente uns Günter von Roden, Geschichte der Duisburger Juden (Duisburger Forschungen, Band 34, Teil 1 und 2, Duisburg 1986), als Grundlage.

Die Anfänge Geschichte der Juden im Duisburger Raum bis 1860 *)

Ilse Ückert

Der erste Jude in Duisburg

Der erste in Duisburg ansässige Jude ist um 1160 ein Mann mit Namen Samuel gewesen.

In dieser Zeit ist wohl auch eine kleine jüdische Gemeinde in Duisburg entstanden.

Urkundlich erwähnt wird eine Gemeinde allerdings erst im Jahr 1241. Es scheint damals so gewesen zu sein, daß man ausgesprochen daran interessiert war, Juden zum Bleiben und Auswärtige zur Ansiedlung zu bewegen, wahrscheinlich auch deshalb, weil Juden im Handel und im Bank- und Kreditwesen eine Rolle spielten. Zu jener Zeit durften Juden auch noch Grundbesitz haben.

Judenverfolgung

Eine jähe Störung des Lebens der Duisburger jüdischen Gemeinde und ihre völlige Ausrottung fanden im Jahre 1350 statt. Es war die Zeit der Pest, des sogenannten "Schwarzen Todes", in Deutschland zwischen 1348 und 1351.

Schon 1321 war ein Gerücht aufgekommen, das schon ein Beispiel für die dann folgenden Verdächtigungen ist:

Die Aussätzigen sollten von den Juden angestiftet und mit Geld unterstützt worden sein, die Brunnen zu vergiften und damit ihre Krankheit auf andere zu übertragen.

1348, als die Pest in Europa wütete, wurden solche Beschuldigungen verstärkt erhoben.

In einer Chronik von 1471 wird berichtet, daß in den Pestjahren viele Juden verjagt, getötet und verbrannt wurden. Ihre Besitztümer nahmen sich die Herren des Landes. Auch in Duisburg wurden im Jahr 1350 tatsächlich Juden verbrannt; das geht aus einem alten Haushaltsbuch der Stadt hervor. Es ist allerdings nirgends belegt, daß die Pest Duisburg überhaupt erreicht hat.

Es muß wohl auch für Duisburg gelten, daß die gewöhnlich aufgestellte Reihenfolge: erst die

*) zusammengefaßt nach Günter von Roden, Geschichte der Duisburger Juden (Duisburger Forschungen Band 34, Teil 1, Duisburg 1986), Seite 13-66

Pest, dann Judenmorde hier nicht stimmte und daß die Vernichtung der Juden nicht tumultartig, sondern mit Vorbedacht, und nicht durch ortsfremde Fanatiker, sondern durch die eigenen Mitbürger geschah.

Die Obrigkeit hat so viel Besitz von den Juden bekommen, und es war für die Verfolger nicht nur ein Nebengedanke, sich gleichzeitig der eigenen Schulden zu entledigen. Möglicherweise war das sogar die treibende Kraft für ihr Tun. Von dem Zeitpunkt an wollte Duisburg keine jüdischen Bürger mehr in der Stadt haben. Man erwirkte sogar vom Kaiser eine Bestimmung — zum Schutz gegen mögliche andere Entscheidungen des Landesherrn — ,

nach der künftig in der Stadt keine Juden gegen den Willen der Bürger angesiedelt werden durften. Man wollte ein für allemal die Erinnerung an Juden verdrängen, nicht nur wegen des Pogroms von 1350, sondern vor allem, weil man die geraubten Besitztümer der Juden behalten wollte.

Neue Gemeinde

In Duisburg vergingen Jahrhunderte, bis sich ab 1793 ganz allmählich eine neue jüdische Gemeinde bildete.

Nach Hamborn kam 1877 der erste Jude, aber er zog nach kurzer Zeit nach Ruhrort. Erst ab 1893 wurden mit der Familie von Isaak Aaron Juden in Hamborn ansässig.

Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Hamborn bis 1938 *)

Wolfgang Tereick

Entwicklung Hamborns

Das Gebiet Hamborns war bis weit ins letzte Jahrhundert hinein rein bäuerlich geprägt. Die Einwohnerzahl lag etwa bei 600. Der kirchliche Mittelpunkt der Katholiken war die Prämonstratenser-Abtei in Hamborn. Die wenigen evangelischen Christen gehörten zur Beecker Kirche.

Hamborn gehörte zusammen mit Ruhrort, Duisburg, Holten, Dinslaken, Götterswickerham und Gahlen (Schermbek) zum Synagogenbezirk Duisburg. Aber zu dieser Zeit wohnten im Bereich des späteren Hamborn keine jüdischen Bürger.

In den 70er Jahren wurde dann in Hamborn der erste Kohleschacht abgeteuft, und das erste Hüttenwerk entstand.

Damit wuchs die Bevölkerung rapide, und in der Umgebung stieg die Zahl der Juden, so daß 1879 die Synagogengemeinde Holten gegründet wurde. Zu ihr gehörten nun Holten, Sterkrade, Buschhausen, Hamborn, Alsum, Marxloh, Bruckhausen und Teile von Beeck.

Der erste Jude in Hamborn

1893 zog der damals 48-jährige Isaak Aaron als erster Jude in den Hamborner Bereich. Er hatte in der Gottliebstraße 97/99 ein Klempnergeschäft. Am 6. Juni 1933 starb er und wurde auf dem Friedhof an der Mattlerstraße beerdigt. Sein Grab ist dort in der Nähe des Eingangs zu finden.

Zahl der Juden wächst mit der Bevölkerung

Bis zum Jahre 1900 wuchs die Einwohnerzahl Hamborns auf

*) Zusammengefaßt nach Günter von Roden, Geschichte der Duisburger Juden (Duisburger Forschungen Band 34, Teil 1, Duisburg 1986), Seite 531 - 586

Mündliche Berichte über Vorgänge und Beschreibungen wurden verarbeitet. Sie stammen von:
Hilde und Luise Gatermann
Luise Gervers
Ottilie Scholz
Heinrich Haverkamp



Der Grabstein von Isaak Aaron auf dem Friedhof an der Mattlerstraße

28000; davon waren 51 Juden. Bereits 1905 waren 247 der in- zwischen 70000 Bürger jüdischen Glaubens (\approx ca. 0,35 %). Der Anteil der Juden erreichte schließlich 1929 mit 838 Menschen (\approx 0,66 %) seinen Höhepunkt.

Wunsch nach Selbständigkeit

Schon sehr früh strebten die Juden in Hamborn nach Selbständigkeit, da sie an Zahl längst die Holtener Hauptge- meinde überrundet hatten.

1899 mieteten sie in Marxloh einen Betsaal für eigene Gottes- dienste.

Im Juli desselben Jahres grün- deten sie bereits einen Synago- genverein mit dem Zweck, sich von Holten zu trennen. Der Holtener Vorstand lehnte dieses Ansinnen verständlicherweise ab. Dennoch stellten sie im Januar 1900 den Antrag an die Düsseldorfer Regierung, sie möge die Konstituierung einer Synagogengemeinde in Hamborn genehmigen. Als Begründung gaben sie die Länge des Weges zur Holtener Synagoge an. Es gäbe dorthin keine Verkehrs- mittel, und außerdem sei den Juden von ihrem Gesetz am Sabbath ein solch weiter -etwa eineinhalbstündiger- Weg gar nicht erlaubt.

Die Holtener hatten aber gute Beziehungen nach Düsseldorf, und sie planten an ihrer Syn- agoge dringende Reparaturen, deren Kosten sie nur mit Hilfe der Hamborner aufbringen konn- ten. Der Antrag wurde deshalb von der Regierung abgelehnt, weil die Gemeinde Holten allein nicht lebensfähig sei.

Die Hamborner ließen aber nicht locker: Seit 1. April 1900 waren Hamborn, Marxloh, Neumühl und Bruckhausen zur "Landbürger- meisterei Hamborn" erhoben worden, und es schien sinnvoll, die Grenzen der Synagogenge- meinde denen des neuen Verwal- tungsbezirks anzugleichen. Aber auch dieses zweite Ersu- chen wurde abgelehnt, ebenso 1902 die Bitte, den Sitz der

Gemeinde von Holten nach Ham- born zu verlegen.

Während Hamborn immer weiter wuchs, blieb Holten in der Größe fast konstant, so daß sich die Gewichte weiter ver- schoben.

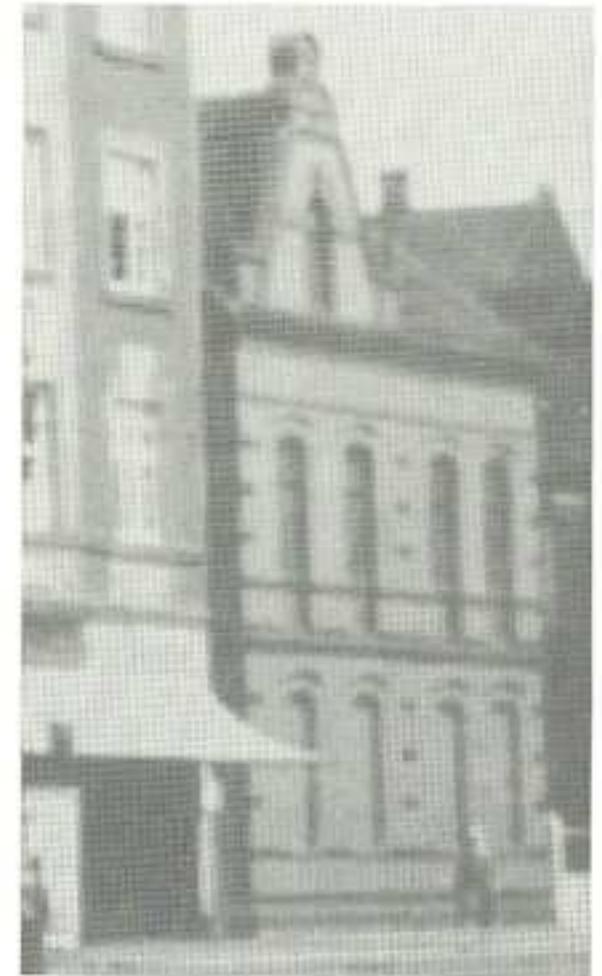
Die Hamborner setzen sich durch

So wurden 1903 die Statuten dahin geändert, daß von den neun Repräsentanten nur noch drei und von den drei Gemein- devorstehern nur einer aus Holten stammen durften.

Evangelische Kapelle wird zur Synagoge

Mit der Industrialisierung war nicht nur die Zahl der Juden gestiegen, sondern es wohnten in Marxloh inzwischen auch so viele evangelische Christen *), daß die Gemeinde Beeck ab 1896 in Marxloh ein Gebäude für evangelische Gottesdienste an- mietete. Das war ein Wohnhaus in der Kaiser-Friedrich-Str.33. Der unvergessene Marxloher Pfarrer Gottfried Stumm tat da von Anfang an Dienst. 1905 wurde Marxloh selbständige Gemeinde und nahm die inzwi- schen gegenüber gebaute Kreuz- kirche in Dienst, so daß das als Kapelle umgebaute Haus

*) Hamborn hatte seit 1886 einen Gottesdienstraum und wurde 1891 selbständige Gemeinde.



Die alte Synagoge in der Kaiser- Friedrich-Straße 33 in Marxloh

nicht mehr nötig war. Die Jüdische Gemeinde Holten, in der die Hamborner seit 1903 in allen beschließenden Gremien die Mehrheit hatten, übernahm den Mietvertrag der Gemeinde Beeck mit dem Bauern Schulte- Marxloh über die alte Notkirche, der zunächst bis zum 31.8.1912 befristet blieb. So wurde aus der ehemaligen Kirche jetzt eine Synagoge. Die Bitte an den Kaiser, ein Gebetbuch oder eine hebräische Bibel zur Einweihung zu stif-

ten, wurde abgelehnt. *) Die Einrichtung mit den Bänken der Evangelischen Gemeinde blieb wohl unverändert. Zwischen den beiden Geschossen des Hauses gab es keine Decke, so daß ein hoher Raum entstanden war. Die untere Fensterreihe war zugemauert, und das Licht fiel von oben ein. Ein Anbau, der nur durch eine Rollade vom Synagogenraum abgetrennt war, blieb bis zur Zerstörung in der Nutzung der Evangelischen Gemeinde. Darin hielt Pfarrer Stumm Konfirmandenunterricht.

Hamborn wird Synagogengemeinde

Nun im Besitz einer eigenen, würdigen Synagoge, beschloß 1907 die Hamborner Mehrheit die Umbenennung in "Synagogengemeinde Hamborn", die die Bürgermeistereien Hamborn und Sterkrade (mit Holten) umfaßte. Am 4. September 1910 schließlich stellten -jetzt umgekehrt- die Holtener Juden den Antrag auf Abtrennung von Hamborn, womit die Hamborner selbstverständ-



Die alte Marxloher Synagoge, aufgenommen im Jahr 1934.

*) Der evangelischen Gemeinde wurde im selben Jahr die Altarbibel von Kaiserin Auguste-Viktoria gestiftet.

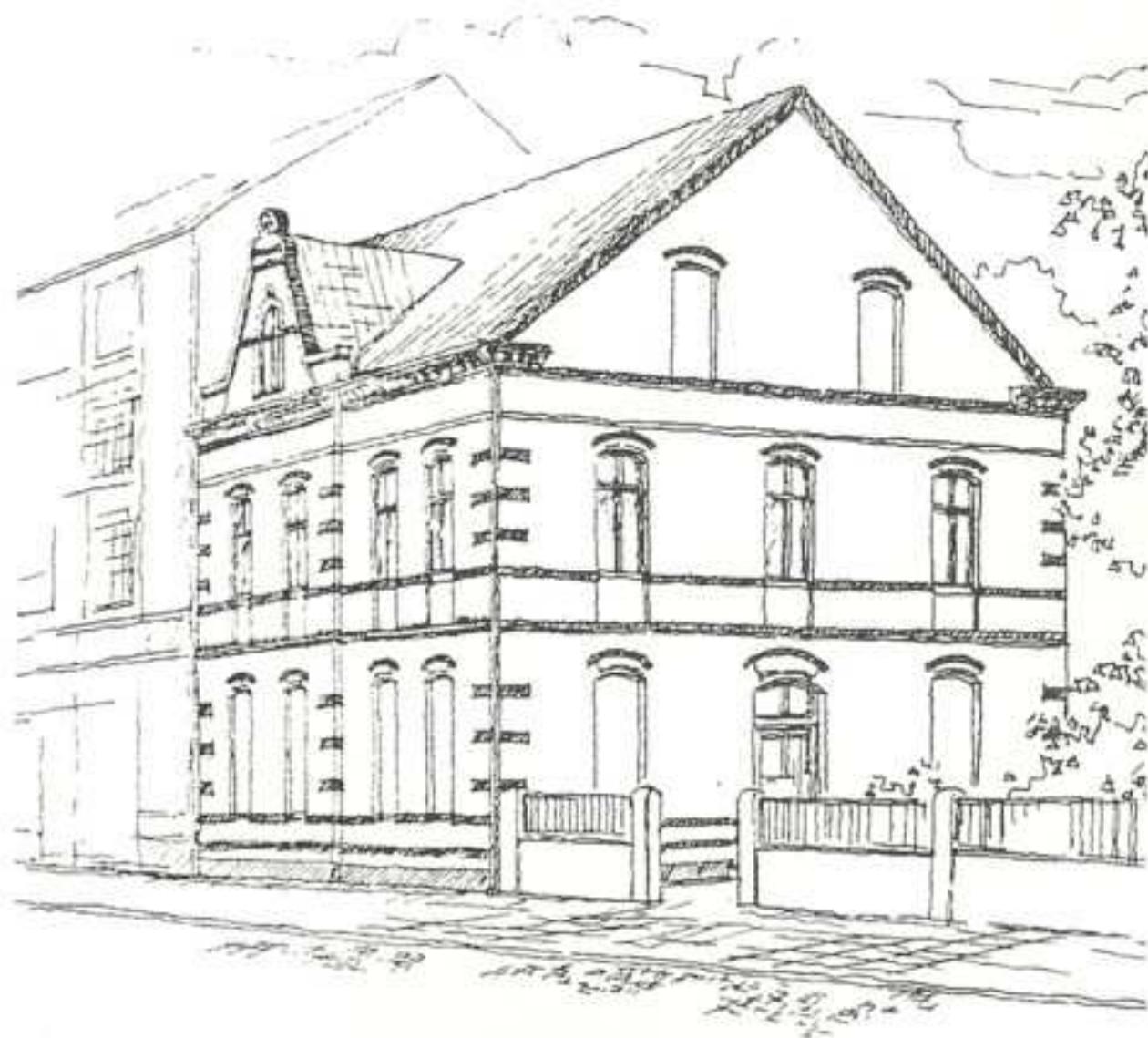
lich einverstanden waren.

Wunsch nach neuer Synagoge

Das Gebäude an der Kaiser-Friedrich-Straße 33 erfüllte nicht alle Bedürfnisse der Jüdischen Gemeinde: Es war fast ausschließlich für die Gottesdienste zu nutzen, nicht aber für Versammlungen und Feste.

So wurde schon 1910 geplant, entweder das Grundstück mit Gebäude zu kaufen, um das Haus entsprechend umzubauen (Einbau einer Galerie, um Frauen und Männer zu trennen), oder ein anderes Grundstück für einen Neubau zu erwerben.

Die folgenden Jahre bildeten, gemessen an den Plänen und



Die alte Synagoge in der Kaiser-Friedrich-Straße 33 - Rekonstruktion ihres ursprünglichen Aussehens.

Aktivitäten, den Höhepunkt des Lebens der Jüdischen Gemeinde. Im Mai 1911 genehmigte die Regierung in Düsseldorf das Ausschneiden der Gemeinde Holten/Sterkrade.

Neues Wahlrecht

Gleichzeitig wurden neue Wahlstatuten der nun selbständigen Gemeinde Hamborn vorbereitet. Aus Angst vor Überfremdung durch traditionsgebundene Ostjuden aus Galizien und Rußland, die als Arbeiter in die Hüttenwerke und Schachtanlagen kamen, sollte das allgemeine Wahlrecht in ein Dreiklassenwahlrecht umgewandelt werden. Damit sollte den deutschen Juden (Geschäftsleute, Handwerker, Juristen und Ärzte) ein bestimmender Einfluß gewährt bleiben. Ein solches aus altpreußischer Tradition stammendes Wahlrecht wäre für eine jüdische Gemeinde einmalig in der Welt gewesen. Seine Verfechter konnten sich auch nicht durchsetzen.

Fromme Ostjuden

Allerdings: Die Beziehungen zwischen den deutschen Juden und den Ostjuden blieben immer gespannt. Die orthodoxen Ostjuden mieteten sich im Hinterhaus der Kaiser-Wilhelm-Straße 272 einen eigenen Betsaal. *) Sie versuchten niemals, Einfluß in

*) An der Stelle stehen heute Garagen im Hof hinter dem China-Restaurant.

der Hamborner Synagoge zu gewinnen.

Kein Rabbiner

Die Hamborner Gemeinde hat nie einen eigenen Rabbiner gehabt, sondern die Religionslehrer haben diesen Dienst versehen; neben anderen:

Simon Frankfurter	ab 1905
Moses Ucko	ab 1. April 1910
Seligmann Eschwege	ab 1.4.1914
Hans Grünwald	1929 - 1939

Nach der Zerstörung der Synagoge blieben nur noch Beerdigungen als Aufgabe.

Religionsunterricht

An fast allen Volks- und höheren Schulen wurde neben evangelischem und katholischem Religionsunterricht auch jüdischer Unterricht erteilt. Die Kosten dafür waren zum Teil von der jüdischen Gemeinde aufzubringen.

Pläne für Synagogenneubau

Ab 1912 bemühte sich die Gemeinde um den Neubau einer Synagoge. Die Zeit drängte, denn im August lief der Mietvertrag aus, den Herr Schulte-Marxloh nur unter der Bedingung bis zum 1. September 1914 verlängerte, daß die Gemeinde entweder dieses Grundstück mit Haus oder ein anderes Grundstück von ihm kaufte.

Im Mai 1913 wurde beschlossen, ein Grundstück an der Kreuzung

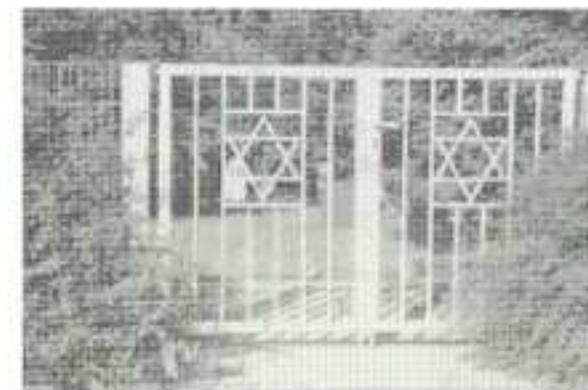
Roonstraße / Dahlmannstraße zu erwerben, um dort eine neue Synagoge zu bauen. Die Kauf- und Bausumme von einhundert bis einhundertzwanzigtausend Mark sollte durch ein Darlehen aufgebracht werden. Der Erste Weltkrieg muß diese Pläne zerschlagen haben.

Alte Synagoge bleibt

Die Gemeinde hat dann wohl die Bedingung des Bauern Schulte-Marxloh erfüllt und das Grundstück mit der Synagoge gekauft. 1938 gehörte jedenfalls beides der jüdischen Gemeinde. 1922 kauften sie zwar auch noch das Grundstück an der Roonstraße, aber zum Neubau reichte das Geld nicht mehr. Die Inflation ab 1924 zerschlug dann alle weiteren Pläne, so daß die Gemeinde in ihrer alten Synagoge blieb.

Jüdische Friedhöfe

Trotz der Trennung von Holten und Hamborn wurden die Toten



Der alte Holtener Friedhof an der Vennstraße

beider Gemeinden weiter auf dem winzigen jüdischen Friedhof an der Vennstraße in Holten beerdigt, der seit 1857 bestand. Der Friedhof, der noch existiert, hat nur eine dreieckige Grundfläche von ca. 12 x 30 m.

Ab 1909 hatte die Bürgermeisterei Hamborn den Nordfriedhof an der Blütenstraße und den Südfriedhof an der Papiermühlenstraße eröffnet. Auf dem Südfriedhof konnten auf einem gesonderten Teil die Angehörigen der jüdischen Gemeinde bestattet werden. Durch Bergsenkungen stieg allerdings der Grundwasserspiegel so an, daß dieser Friedhof ab 1917 wieder aufgegeben wurde.

Die Juden waren also gezwungen, einen neuen Begräbnisplatz zu suchen, den sie schließlich an der Mattlerstraße *) fanden und unter großen finanziellen Belastungen (Inflation) erwarben. Ab 1925 wurden ihre Toten dort beerdigt.



Der neue Hamborner Friedhof an der Mattlerstraße

*) Neben dem evangelischen Friedhof Holten, hinter den Gebäuden der Gärtnerei Schiel - auf Duisburger Gebiet.

Der Friedhof wird heute vom Friedhofsamt der Stadt Duisburg gepflegt.

Judenverfolgungen

ab 1933

Wenige Wochen nach der Machtübernahme Hitlers begannen auch in Hamborn erhebliche Diffamierungen jüdischer Bürger, vor allem jüdischer Geschäftsleute. Anlaß waren häufig Ratenzahlungsgeschäfte, bei denen sich Nichtjuden übervorteilt fühlten.

Die hohe Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre hatte zu großer Verschuldung bei vielen Familien geführt, da Hausrat und Textilien von jungen Ehepaaren meist auf Kredit angeschafft wurden.

Die Zeitungen nutzten selbst gerichtlich bestätigte Zahlungsforderungen von Juden gegen deutsche Mitbürger zur Hetze und Stimmungsmache gegen Juden. Von der Schließung jüdischer Geschäfte erhofften sich viele den Wegfall ihrer Schulden.

Zerstörte Geschäfte

Schon im Februar und März 1933 kam es zu Zerstörungen von Geschäften. In der Öffentlichkeit hieß es, das Einwerfen von Schaufensterscheiben sei keine Gehässigkeit speziell gegen Juden, sondern eine immer wiederkehrende Erscheinung der Notzeit zum Zweck des Diebstahls. Jüdische Bürger wurden

immer häufiger grundlos auf der Straße und in ihren Häusern zusammengeschlagen.

Das erste Opfer

Der erste Tote solcher Schlägereien war Siegmund Neustädter aus dem Vorstand der Synagogengemeinde. Er hatte ein Haushaltswarengeschäft in der Weseler Straße 87 *).

Am 11. November 1933 wurde er mißhandelt, als er sein Geschäft von Plakaten und Schmierereien säubern wollte, die Hitlerjungen dort angebracht hatten. Er starb am 14. November an den Folgen eines Fußtritts, den ihm einer der Jungen in den Unterleib gegeben hatte. Das Verfahren gegen den Täter wurde aufgrund eines Amnestiegesetzes ein Jahr später eingestellt.

Siegmund Neustädter wurde auf dem Friedhof an der Mattlerstraße beigesetzt.



Der Grabstein von Siegmund Neustädter auf dem Friedhof an der Mattlerstraße

*) gegenüber der Einmündung der Marienstraße

Flucht

In den folgenden Jahren versuchten viele Juden aus Hamborn, über Amsterdam ins Ausland zu fliehen. Viele andere wurden in Konzentrationslager verschleppt und dort ermordet.

Bis November 1937 sank so die Zahl der jüdischen Bürger auf 348 (1929: 838).

Sinkende Einnahmen

Das Schrumpfen der Gemeinde brachte es mit sich, daß die Wohlfahrtskosten nicht mehr aufgebracht werden konnten. Für 18 Kinder von erwerbslosen Familien konnten schon Mitte 1936 keine Freifahrtscheine zur jüdischen Volksschule in Duisburg mehr ausgestellt werden.

Nur noch eine Gemeinde in Duisburg

Die Gemeinden in Ruhrort und Duisburg-Innenstadt wurden ebenfalls stark dezimiert, so daß die drei sich im August 1937 zu einer Gemeinde zusammenschlossen. Der Gottesdienst in der Marxloher Synagoge wurde allerdings noch fortgeführt.

Verkauf der Synagoge

Zum 1. November 1938 hatte die Gemeinde dann das Synagogengebäude verkauft. Der neue Besitzer wollte dort wieder ein

Wohnhaus einrichten. Grund für den Verkauf waren wohl massive Störungen der Gottesdienste, so daß die Synagoge nicht mehr benutzt werden konnte.

10. November 1938

Von dem Verkauf war aber in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt geworden, so daß das Gebäude bei den Pogromaktionen am 10. November in Brand gesteckt wurde.

Augenzeugen

Hilde und Luise Gatermann beobachteten die Aktion aus ihrem daneben liegenden Haus und berichten:

"In den frühen Morgenstunden verlegten Feuerwehrleute Wasserschläuche zwischen der Synagoge und den Nachbarhäusern. Wir wunderten uns, da wir kein Feuer sahen und auch keinen Brandgeruch wahrnahmen. Ein Feuerwehrwagen und die Feuerwehrleute blieben auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehen und taten weiter nichts. Einige Zeit später wurde die Tür zur Synagoge von einigen Männern, von denen einige SS- oder SA-Uniformen trugen, aufgebrochen. Ein Feuer, das sie zu legen versuchten, kam nicht in Gang. Daraufhin holten sie in der Drogerie unseres Bruders nebenan Benzin oder Petroleum, mit dem sie das Haus erneut ansteckten. Den dadurch entstehenden Brand löschte die Feuerwehr nicht, sondern sie

achtete nur darauf, daß die Flammen nicht auf die Nachbarhäuser übergriffen. Dazu waren wohl vorsorglich die Schläuche gelegt worden. Zahlreiche Menschen, auch ganze Schulklassen, sahen dem Feuer zu."

Andere Aktionen

am 10. November 1938

Im Zuge des Pogroms wurden die meisten der noch bestehenden jüdischen Geschäfte zerstört und zum Teil in Brand gesetzt.

Verletzte

Die vielen Verletzten dieser Aktionen wurden im Johannes-Hospital versorgt. Der Verwaltungsleiter hatte dafür eine Station räumen lassen. Deswegen erhielt er später von der NSDAP eine harte Rüge, denn eigentlich sollten die jüdischen Verletzten gar nicht versorgt werden.

Bis Ende 1938 wurden die letzten jüdischen Geschäfte "arisiert".

Abbruch

Am 17. Juli 1939 wurde die ausgebrannte Ruine der ehemaligen Synagoge abgebrochen.

An der Stelle -gegenüber der Kreuzeskirche- steht heute ein mehrstöckiges Wohnhaus.



Gedenktafel

Dort wurde am 11. November 1988 eine Gedenktafel angebracht, die folgende Inschrift trägt:
Vergessen hält die Erlösung auf,
Erinnerung bringt sie näher.
Wir erinnern an die Hamborner
Jüdische Gemeinde, die von
1905 - 1938 an dieser Stelle
ihre Synagoge hatte.

Am 10. November 1938 wurden jüdische Wohnungen und Geschäfte zerstört und die Synagoge niedergebrannt.

Wir denken mit Scham an diesen Tag, als jüdische Bürger vor aller Augen gedemütigt und gequält wurden.

Dieses Geschehen mahnt uns zur Umkehr.

Evangelische und Katholische
Kirche Duisburg-Nord

Zeitzeuge:

Erinnerung an die Synagoge

Samuel Kösten

bearbeitet von Armin Schneider

Die folgenden Erinnerungen an die Synagoge und das Leben der jüdischen Gemeinde in Hamborn verdanken wir dem Ehepaar Kösten. Die Familie Kösten lebt heute in Pardes Hana, einem Ort ca. 80 km nördlich von Tel Aviv. Frau Rosi Kösten, geb. Chodorow, stammt aus Marxloh. Ihre Eltern hatten ein Möbengeschäft in der Weseler Straße / Ecke Wiesenstraße. Herr Samuel Kösten ist in Oberhausen aufgewachsen; durch mehrere Besuche kannte er die Hamborner Synagoge. Die folgenden Erinnerungen hat er aufgeschrieben:

Wir wissen, daß die Synagoge ein sehr einfacher Bau war. Der Eingang war von der Seite; an der Frontwand konnte meines Erachtens kein Eingang angebracht werden, da diese nach Osten ausgerichtet war. In allen Synagogen werden die Gebete nach Osten - Jerusalem gewandt gebetet.

Es gab in der Synagoge keine Frauen-Empore. Jedoch saßen Frauen und Männer auch nicht zusammen, was nach jüdischem Ritus nicht gestattet ist. Der Raum war durch einen Mittelgang in zwei Hälften geteilt; wenn man die Synagoge betrat,

saßen die Männer in der linken und die Frauen in der rechten Hälfte.

An der Ostwand befand sich die "Heilige Lade", hebräisch AROM HAKODESCH, in der sich die Thora-Rollen befanden. Aus diesen Rollen, auf Pergament geschrieben, wurde jeden Sabbat ein Abschnitt vorgelesen aus den fünf Büchern Mose. Zu dieser "Heiligen Lade", die auf einem Podium stand, mußte man einige Stufen hinaufsteigen. Auf diesem Podium stand auch das Prediger- und Vorbeterpult.

Ich war im Jahr 1935/36 bei meinen Verwandten in Hamborn beschäftigt. Meine Onkel hatten einen Großhandel (Kurz- und Wollwaren, auch Seifen und Parfümerie) in der Kaiser-Wilhelm-Straße/Ecke Henriettenstr.

In dieser Zeit war ich auch für die Zionistische Ortsgruppe tätig. Größere Veranstaltungen, wie Referate von auswärtigen Gästen und Rednern, wurden in der Synagoge abgehalten. Vorher mußte dafür eine Genehmigung der Gestapo eingeholt werden. Die Gestapo kontrollierte auch diese Abende durch Entsendung eines "Beamten". Im Vorstand der Zionistischen Orts-

gruppe leitete ich mit Frau Wellner die Kulturabreit. Die Sitzungen der Zionistischen Ortsgruppe und sogenannte Heimatabende wurden im Betsaal der frommen Ostjuden in einem Hinterhof der Kaiser-Wilhelm-Straße 272 gehalten. Ich habe diesen Betsaal sehr oft besucht, denn im Vorderhaus betrieben meine Verwandten zunächst ihren Großhandel. Sie wohnten mit meiner Großmutter auf der ersten Etage. In dem Betsaal beteten die Männer und Frauen getrennt, die Männer in einem Raum und die Frauen in einem zweiten Raum. Zu den hohen Feiertagen, wie Neujahrsfest und

Versöhnungsfest, wurde in einer Gastwirtschaft ein Saal gemietet, da an diesen hohen Feiertagen der Betsaal nicht alle fassen konnte. Meine Frau erinnert sich an ein solches Lokal, es hieß "Kleine-Natrop" und lag in der Dahlstraße. Dort wurden auch andere gesellschaftliche Veranstaltungen abgehalten, wie zum Beispiel das Purim- oder Channukahfest. Leider kann ich Weiteres über die Synagoge in Hamborn nicht mehr mitteilen.

Wir hoffen, daß im November 1988 eine würdige Feier zum Andenken an die zerstörte Synagoge veranstaltet wird.

Zeitzeugin:

Elfjährige erlebt den Pogrom

Ilse Ückert

10. November 1938 - ich habe den Tag miterlebt. Damals war ich 11 Jahre alt. Heute bin ich 61 Jahre, und bei dem Bemühen, mich an den Tag zu erinnern, stelle ich fest, daß die Bilder des Tages in meinem Kopf verschwommen sind. Dies hängt hoffentlich nicht nur mit meinem Alter zusammen, sondern liegt vermutlich auch daran, daß ich als Elfjährige nicht begriffen habe, was damals eigentlich geschah.

In Erinnerung habe ich ein Gespräch, das unsere Mutter mit uns Kindern führte, als wir beim Mittagessen alle durcheinander von dem berichteten, was wir gesehen hatten.

In der Schule hatte uns der Lehrer am Morgen gesagt, daß die Juden für begangenes Unrecht bestraft würden. Wir bekamen schulfrei und sollten uns alles ansehen. Wir waren aufgeregt, hatten keine Zweifel, denn von "bösen Taten der Juden" hatte uns der Lehrer schon oft erzählt.

Da in Obermarxloh keine Juden wohnten, nahm ich meine Rollschuhe und fuhr mit anderen Schülern nach Marxloh. Dort gab es gegenüber der Kreuzeskirche eine Synagoge und außerdem einige Geschäfte von Juden.

Wir standen vor der Kreuzeskirche und sahen zur Synagoge hinüber. Sie war schon zerstört und der Bürgersteig war abgesperrt, so daß wir nicht näher herankonnten. Ein abgebranntes Haus war an sich schon ein aufregendes Ereignis, dies um so mehr, als das nicht als ein Unglück bezeichnet wurde, sondern als gerechte Strafe.

Meine Geschwister waren auch in Marxloh, und als wir dann zum Mittagessen nach Hause kamen, redeten wir natürlich darüber. Irgendeiner von uns muß dann wohl auch davon gesprochen haben, warum die Häuser zerstört worden sind, und daß alle Juden zu Recht bestraft würden. Meine Mutter sagte daraufhin, daß sie zwar nicht wisse, was Juden in Marxloh konkret verbrochen hätten, aber daß alle Juden Verbrecher seien, könne nicht stimmen. Sie kenne nur zwei Juden, aber von denen habe sie nur Gutes gehört. Der eine war der Besitzer des Kaufhauses Berger, heute Braun in Hamborn. Eine Tante von uns war dort als Verkäuferin tätig, und von ihr wußte meine Mutter, daß Herr Berger relativ hohe soziale Leistungen für seine Angestellten erbrachte. In den dreißiger Jahren waren

das freiwillige Leistungen der Arbeitgeber. Arbeitsplätze im Kaufhaus Berger waren deshalb sehr begehrt. Der zweite Jude war ein Rechtsanwalt, mit dem mein Großvater beim Hausbau zu tun gehabt hatte. Er hat meinen Großvater gut beraten,

und unsere Mutter sagte, daß ihr Vater diesen Mann sehr geschätzt habe.

Der Satz meiner Mutter "Alle Juden, das kann nicht stimmen, denn..." hat sich mir eingeprägt, nicht nur im Blick auf jüdische Mitbürger.

Zeitzeuge:

Judenverfolgung und Hetze

Samuel Kösten
bearbeitet von Armin Schneider



במחוז הריינס מכריחים את היהודים בשנת תרצ"ג לעוד ברחובות כשהם עטופים בדגל הרפובליקה הויטרית

Das abgebildete Zeitungsfoto stammt ursprünglich aus dem Jahr 1933. Es wurde einige Jahre nach dem Krieg in einer israelischen Zeitschrift in einem Artikel über "Antisemitismus - Ursprung und Geschichte" erneut abgedruckt. Das Bild zeigt rechts Manasse Kaufmann, einen Onkel von Samuel Kösten; der

Herr links hieß Kurt Sander und war ebenfalls jüdischer Mitbürger. Herr Kösten, der im Besitz dieses Bildes ist, schrieb dazu folgende Geschichte:

Am 5./6. April 1933 drangen SS-Männer in das Geschäft meiner beiden Onkel Chaim und Manasse Kaufmann in der Kaiser-

Wilhelm-Str./Ecke Henriettenstr. ein. Sie verhafteten meinen Onkel Manasse, mein Onkel Chaim konnte sich noch im Geschäft verstecken und entzog sich so der Verhaftung. Angeblich fand man im Keller eine rote Fahne. Entweder war es die kommunistische oder, wie die hebräische Unterschrift angibt, die Fahne der Weimarer Republik. Manasse Kaufmann wurde dann ins Braune Haus gebracht, wo sich bereits Kurt Sander befand. Man hängte dann den beiden die Fahne um. Auch bei Herrn Sander hatte man angeblich eine verbotene Flagge gefunden. Mein Onkel bekam noch eine Mistgabel in die Hand gedrückt, wie auf dem Bild zu erkennen ist, und dann begann der Marsch durch die Straßen von Hamborn. Dem Zug voran ging eine Musikkapelle, und von beiden Seiten wurden die "Verbrecher" oder "Vaterlands-Verräter" von einer johlenden Menge begleitet. Nachdem man auf dem Hindenburg-Platz (August-Bebel-Platz) angekommen war, wurden dann Kaufmann und Sander in die Mitte des Platzes gestellt, die Fahnen wurden ihnen abgenommen und sollten angezündet werden. Um die Flaggen zu verbrennen, benötigte man Benzin. Angeblich hatte mein Onkel noch fünf Mark in der Tasche, und man bat ihn um das Geld, um davon Benzin zu kaufen. Das Benzin konnte für weniger Geld gekauft werden, und mein Onkel erhielt

das Restgeld zurück. - Welch ein "Gentleman" war zu dieser Zeit noch der Befehlshaber der Aktion. Die Fahnen wurden dann angezündet, und mein Onkel mußte mit der Mistgabel das Feuer schüren. Das alles geschah unter dem tosenden Beifall der Zuschauer.

Glücklicherweise konnten mein Onkel und Herr Sander danach nach Hause gehen. Der Weg zurück ins Braune Haus und von dort ins KZ blieb ihnen erspart. Mein Onkel kam sofort nach diesem Vorfall zu meinen Eltern nach Oberhausen (er war der Bruder meiner Mutter). Von Oberhausen flüchteten dann beide Brüder nach Holland.

Als mein Onkel in Amsterdam ankam, wurde er auf dem Bahnsteig von einem Gepäckträger erkannt, der ihm das obige Bild in einer holländischen Zeitung zeigte.

Die hebräische Unterschrift des Bildes lautet ins Deutsche übersetzt: Im Bezirk Rheinland wurden Juden gezwungen, im Jahre 1933 durch die Straßen zu marschieren, umhängt mit der Fahne der Weimarer Republik.

Der geschilderte Vorgang war eines von vielen Ereignissen, wie sie Juden widerfahren sind. Dieses Mal war es noch kein schlimmes Ende.

Die Familien meiner beiden Onkel wurden zum größten Teil später in Holland verhaftet und ins KZ gebracht, wo sie umgekommen sind.

Das Ende der Jüdischen Gemeinde in Duisburg

Albert Walter

Nicht erst die Ereignisse der Pogromnacht vom 9./10. November haben das jüdische Leben in Hamborn zum Erliegen gebracht. Die Bedrückungen und Aktionen der NSDAP haben die jüdischen Bürger seit 1933 mehr und mehr erkennen lassen, daß keine andere Rettung bestand, als auszuwandern.

Sinkende Zahlen

Die Zahl der jüdischen Bürger in ganz Duisburg verminderte sich im Zeitraum von 1932 bis 1937 von 2925 auf 900 bis 950. Der Hamborner Rechtsanwalt Max Löwenstein plädierte daher dafür, die drei jüdischen Gemeinden Duisburg, Ruhrort und Hamborn zusammenzulegen, da nur noch gemeinsames Handeln ein Höchstmaß an Erfolg garantieren könne.

Das Zögern, diesen Beschluß zu fassen, ist nur zu verständlich. Doch schließlich wurde unter dem Druck der Verhältnisse unter Leitung des Vorsitzenden der Gemeinde Duisburg, Dr. Sally Kaufmann, im April 1937 der Antrag an den Regierungspräsidenten beraten und beschlossen.

Der Antrag lautete:

"Die Jüdische Gemeinde Duisburg und die Synagogengemeinden Duisburg-Hamborn und Duisburg-Ruhrort beantragen die Auflösung der Synagogengemeinden Hamborn und Ruhrort als selbständige Gemeinden und ihre Zuteilung zum Bezirk der Jüdischen Gemeinde Duisburg. Die Jüdische Gemeinde Duisburg soll danach den gesamten Bezirk der Stadt Duisburg umfassen. Sie tritt die gesamte Rechtsnachfolge für die aufgelösten Gemeinden an."

Zusammenschluß der Duisburger Gemeinden

Der Zusammenschluß wurde für den 1. Juli 1937 beschlossen und vom Regierungspräsidenten am 21. August 1937 genehmigt. Für Hamborn und Ruhrort wurde die Aufrechterhaltung eines eigenen Gottesdienstes vereinbart, solange ein Minjan vorhanden war, d.h., solange die Mindestzahl von 10 männlichen Betern zusammenkam. Für Hamborn wurden zu dieser Zeit noch 348 Juden gezählt.

Neujahrsbotschaft

1937 / 38

Vorstand und Rabbinat der Jüdischen Gemeinde Duisburg richteten zum Beginn des neuen Jahres -Rauschhschonoh- am 5. September 1937 das folgende Grußwort an die Gemeinde:

"L'schonoh tauwoh! Ein gutes neues Jahr! Mit diesem alten vertrauten Wunsch grüßen wir alle unsere Gemeindeglieder an der Schwelle des jüdischen Jahres 5698.

Wie schwerwiegend aber ist der Inhalt, den die Zeit diesem schlichten alten Wort gibt! Viele sind aus unserem Kreise hinausgezogen in ferne Lande, um neu ihr Leben aufzubauen, die Jungen voran; in Wehmut und Sehnsucht blicken die Alten ihnen nach, manche sind ihnen auch schon gefolgt.

Aber umso fester hat die Not uns, die Zurückbleibenden, geeint. Sie verbindet uns zu gegenseitiger Hilfe und zum gemeinsamen Tragen des Leidens, aber nicht in Verzagt-heit und Kleinmut, sondern in dem Bewußtsein, daß die Bande zwischen der Ferne und Nähe fest geknüpft bleiben und daß uns zur Seite die Hoffnung steht, die Israel von jeher begleitet hat. Das ist der Segen der Jüdischen Gemeinde, die als festes Bollwerk im Strudel der Zeiten dasteht, als Heimat der Seele und Schutz in Sorge und Not. Sie zu stärken und in allen Erschütterungen der Zeit aufrechtzuer-

halten, ist unsere wichtigste Aufgabe.

Wir haben soeben einen neuen Schritt zu ihrer Festigung getan. Die drei Gemeinden im Bereich der Großstadt Duisburg haben beschlossen, sich zur Einheitsgemeinde zusammenzuschließen. Sie wollen die Kräfte vereinen zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Hilfe. Der Gedanke der jüdischen Zusammengehörigkeit hat so in der Zeit der Not einen neuen Sieg errungen, und neue Zuversicht und neue Kraft wird uns allen daraus erwachsen. Der Hüter Israels behüte auch das neue, große Werk.

So gilt der Gruß zu neuen Jahr dem weiteren Kreise, allen jüdischen Brüdern der Gesamtstadt, allen Mitgliedern der bisherigen Gemeinden Duisburg, Hamborn und Ruhrort. Laßt uns in jüdischer Treue und jüdischem Glauben für eine glückliche Zukunft auch im neuen Jahr gemeinsam arbeiten! L'schonoh tauwoh!"

Immer neue Gesetze gegen Juden

Gerade dieses neue Jahr brachte der jüdischen Gemeinde das Ende der noch vorhandenen "Rechtsstaatlichkeit". Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen erschwerte das Leben der Juden weiterhin. Es begann mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kulturvereinigungen vom 18. März 1938, wie die Anordnung in bestem

Amtsdeutsch hieß, die den Synagogengemeinden den Status von Körperschaften öffentlichen Rechts aberkannte. Fortan hießen sie jüdische Kultusvereinigungen. Damit verlieren der Rabbiner und Kantor ihren Beamtenstatus. Für ihre Besoldung ist nun die Gemeinde zuständig, deren Einkommensverhältnisse sich weiterhin verschlechtern. Auf Anordnung vom 23. Juli 1938 mußten alle Juden bis zum Ende des Jahres die Ausstellung einer Kennkarte beantragen. Nur für sie war dies damals Pflicht.

Die Rassegesetze von 1935 bewirken, daß den jüdischen Ärzten am 30.9.1938 die Approbation aberkannt wurde. Sie wurden fortan "Krankenbehandler" genannt und waren nur für jüdische Patienten zugelassen.

Ähnliches widerfuhr den Juristen. Sie wurden aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen und zu "Rechtskonsulenten" gemacht, die nur für Juden und jüdische Angelegenheiten zugelassen waren.

Trug jemand einen deutschen Vornamen, so mußte ab 1.1.1939 ihm der Name Israel oder Sara beigegeben werden.

Pogromnacht

Das alles bereitet die Pogromnacht vor, die nach amtlicher Lesart "eine spontane Reaktion der deutschen Bevölkerung" auf das Attentat des Juden Herschel Grünsparn auf den Legationsrat Ernst von Rath in Paris war.

Daß es alles andere als eine spontane Aktion der Bevölkerung war, belegt eine "kritisch bewertende Untersuchung", die sagt: "Am Abend des 9. November 1938 gab der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels das Stichwort. Durch eine Hetzrede vor den Partei- und SA-Führern, die zur alljährlichen Feier des 9. November 1923 im Münchener Alten Rathaus versammelt waren, löste er den Judenpogrom aus, der unter der heute euphemistisch erscheinenden, von ihren Berliner Erfindern jedoch bitter ironisch-kritisch gemeinten Bezeichnung 'Reichskristallnacht' seitdem den deutschen Namen belastet."

"Arisierung" der Geschäfte

Das Leben der jüdischen Bevölkerung wurde nach dem Pogrom durch weitere Verordnungen eingengt, so daß es dem Dahinvegetieren nahekam.

So werden die jüdischen Geschäfte in den Besitz von "Ariern" überführt, wie es im damaligen Sprachgebrauch heißt. Zum 1. Januar 1939 wird amtlicherseits bestätigt, die Duisburger Geschäfte seien "judenrein". 190 Betriebe seien geschlossen und sieben in "arische Hand" überstellt.

Zwangsarbeit

Die an den Bettelstab gebrachten Juden wurden teils dem Landesarbeitsamt Köln zugewie-

sen oder in der Eifel bei Bau-
maßnahmen -wahrscheinlich
beim Westwallbau- eingesetzt.
Andere zugeteilte Pflichtarbeit
gab es beim Grünflächenamt,
einer Baumschule an der Düs-
seldorfer Chaussee, in der
Städtischen Badeanstalt in Laar
und einer nicht genauer be-
zeichneten Arbeitsstelle in Ham-
born.

Enteignung von Häusern und Wohnungen

Ähnlich wie die Geschäfte be-
handelte man den jüdischen
Hausbesitz. Auch er sollte
"arisiert" werden. Die Juden
wurden aus ihren Wohnungen
verdrängt, indem die Wohnungs-
vermieter unter Druck gesetzt
wurden. Ziel war, sie in so ge-
nannten "Judenhäusern" zusam-
menzufassen.

Krankenhäuser ohne Juden

Nach dem Pogrom lehnten auch
einige Krankenhäuser die Auf-
nahme von Juden ab. Eine Aus-
nahme bildet das Johanneshos-
pital. Der deutschchristliche
Pfarrer K. J. Lebens schrieb dazu
an den zuständigen Stadtrat:
"Ich will nicht in die Entschei-
dung der einzelnen Häuser ein-
greifen. Es mag Krankenhäuser
geben, die aus einer innerlichen
-und vielleicht religiösen (bes-
ser gesagt irreführten religi-

ösen)- Anschauung heraus ganz
gern Juden aufnehmen würden.
Doch möchte ich Ihnen sehr zu
erwägen geben, ob es nicht
richtiger ist, daß behördlicher-
seits in nur einem Krankenhaus
eine kleine Abteilung für Juden
eingerrichtet wird. Ich glaube
annehmen zu dürfen, daß sich
vielleicht im Norden der Stadt
ein solches Haus finden dürfte."
Auf diesen Vorschlag hin hat
der Stadtrat am 6.2.1939 be-
schlossen, daß in den beiden
städtischen Krankenhäusern
Haniel-Stift in Ruhrort und
Keetmann-Stiftung in Duisburg
keine Juden mehr aufgenommen
werden dürfen, da den dort
tätigen NS- und Rote-Kreuz-
Schwestern eine Pflege von Ju-
den nicht zugemutet werden
könne. In den elf konfessionel-
len Krankenhäusern der Stadt
wurden weiter Juden behandelt.

Ziel: Auswanderung

Was blieb den jüdischen Men-
schen übrig, als sich die Frage
der Auswanderung zu überlegen,
besonders nachdem am 24. Januar
1939 im Reichsinnenministerium
die Reichszentrale für jüdische
Auswanderung gebildet worden
war, die die Vorbereitung und
Lenkung der Auswanderung, be-
sonders der ärmeren Juden,
bezwecken sollte. Manchem Ju-
den gab diese Reichszentrale
Hoffnung, wenn auch das bri-
tische Weißbuch vom Mai 1939
Alarmstimmung auslöste, da von
einer Beschränkung der jüdi-
schen Einwanderung in Palästina
auf höchstens 75000 pro Jahr
die Rede war. So schlug man

den Juden in den Stunden der
größten Not die rettende Tür
vor der Nase zu.
Die Hoffnung setzte man nun
auf die USA und die Länder
Mittel- und Südamerikas. Auch
dorthin führten oft Irrwege,
wie in dem Film "Reise der
Verdammten" dargestellt. Die
937 Flüchtlinge fuhren am 13.
Mai 1939 von Hamburg nach
Kuba, mußten aber unverrichte-
ter Dinge zurückkehren und
wurden dann in Belgien, Frank-
reich, den Niederlanden und
England aufgenommen. Sie fie-
len aber bei der Besetzung der
ersten drei Länder den Verfol-
gern wieder in die Hände.

Totale Rechtlosigkeit

Die Auflösung der freigewählten
Reichsvertretung der deutschen
Juden und die Gründung der
Reichsvereinigung der Juden in
Deutschland, die der Gestapo
unterstellt war, hatte einen
Hauptzweck, die Auswanderung
der Juden zu fördern. Die Duis-
burger National-Zeitung stellte
dazu fest: "Die einzige Aufgabe,
die die bei uns noch verblie-
benen Juden zu erfüllen haben,
ist die, ihre Auswanderung zu
beschleunigen."

Der Zweite Weltkrieg

Der Beginn des Zweiten Welt-
krieges brachte den deutschen
und europäischen Juden weitere
Verschlechterungen. Die deut-
sche Wirtschaft brauchte Roh-
stoffe. Deshalb waren die Juden
zur Ablieferung von Edelmetal-
len und Perlen verpflichtet.

Die Zahl der Mitglieder der
Duisburger Gemeinde schrumpfte
in den kommenden Jahren immer
weiter. Tod, Abwanderung, Aus-
wanderung und Deportation in
Konzentrationslager wirken zu-
sammen. Immer häufiger wurde
der verbliebene Rabbiner Dr.
Neumark zur Beerdigung in be-
nachbarte und weiter entfernte
Städte gerufen. Das Ende der
jüdischen Gemeinden Kalkar und
Holten hat er selbst noch mit-
erlebt.

Holocaust

Nach dem Polenfeldzug begannen
die ersten Maßnahmen, die Ju-
den aus den Gebieten Polens,
die bis zum Ersten Weltkrieg
zum Reich gehörten, zu entfer-
nen. Die "Endlösung" rückte
näher. Der "Stürmer" verkündete:
Wenn die Gefahr der Fortpflan-
zung dieses Fluches Gottes im
jüdischen Blut endlich zu einem
Ende kommen soll, dann gibt
es nur einen Weg: die Ausrot-
tung dieses Volkes, dessen
Vater der Teufel ist."

Judenstern

Seit 1941 mußten alle Juden an
ihrer Kleidung sichtbar den
Judenstern tragen, vom vollen-
deten sechsten Lebensjahr an.
Es war ein Handtellergroßer
schwarz ausgezogener Sechsstern
auf gelbem Stoff mit der Auf-
schrift "JUDE".
Im Oktober 1941 erließ das
Reichssicherheitshauptamt ein
Verbot, den Juden für die Zeit
des Krieges Auswanderungen

aus Deutschland zu gewähren. Die Evakuierung nach dem Osten wurde zur Tarnformel für die Vernichtung der deportierten Juden im Arbeitseinsatz.

Konzentrationslager

In den Jahren 1938 bis 1945 sind etwa 25 Transporte von Duisburger Juden in die Konzentrationslager Dachau, Bentschen, Sachsenhausen, Buchenwald, Riga, Izbica bei Lublin, Auschwitz und Theresienstadt erfolgt. Die größte Gruppe von 147 Personen wurde am 25. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Bei ihr war auch der Rabbiner Dr. Manasse Neumark. Mit diesem Transport war die jüdische Gemeinde Duisburg praktisch aufgelöst.

KZ - Theresienstadt

Theresienstadt galt als Altersghetto, also vornehmlich für ältere Juden. Mit diesem Transport wurde der Stadt Duisburg die "Sorge" um die Unterbringung der noch hier lebenden Juden genommen, deren Zahl etwa 190 betrug. Theresienstadt war kein Vernichtungslager wie die Lager in Polen. Es bot den noch Fähigen eine ganze Reihe von Betätigungsmöglichkeiten, für die eigenen Zwecke der Lagerhaltung, wie für gewisse Produktionszweige. So gab es auch Vorträge, Bibliotheksbenutzung

und, da viele Rabbiner dorthin kamen, auch Betstuben. Auch die Beerdigungen wurden durch Rabbiner durchgeführt. Hier ist dann auch Rabbiner Dr. Neumark im Oktober 1942 verstorben. Später kamen jüngere Juden nach Theresienstadt. So auch die beiden Hamborner Brüder Heinrich und Willy Reichhart, die nach dem Krieg zurückkehrten, d.h. sie gehörten zu den 24 aus dem Stadtbereich Duisburg stammenden Juden, die im Juni 1945 noch in Theresienstadt lebten.

Die letzten Deportationen

Die letzten Transporte jüdischer Duisburger fanden im September und Oktober 1944 und im Februar 1945 statt.

Die jüdische Gemeinde hörte endgültig auf zu bestehen, als der letzte Gemeindevorsteher Dr. Sally Kaufmann am 23. Juni 1943 verhaftet wurde und mit seiner Frau nach Theresienstadt transportiert wurde.

Diese skizzenartige Darstellung der letzten Geschichte der jüdischen Gemeinde in unserer Stadt will uns einen sehr beschämenden Abschnitt unserer eigenen Geschichte bewußt machen.

Was uns bewußt wird, soll uns zur Umkehr mahnen.

Zusammengefaßt nach Günter von Roden, Geschichte der Duisburger Juden (Duisburger Forschungen Band 34, Teil 2, Duisburg 1986), Seite 791-889.

Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden nach 1945

Christa Danzberg

Rückblick

Im Rückblick auf die schrecklichen Ereignisse der Vergangenheit werden wir immer wieder gefragt und müssen uns selbst fragen: Wo waren damals die Christen? Was haben die Kirchen unternommen? Wie war es möglich, daß auch sie weitgehend sprachlos und hilflos der Zerstörung der Synagogen, der Mißhandlung, Verschleppung und Ermordung unserer jüdischen Mitbürger gegenüberstanden und nur beschämend wenige ihre Stimme erhoben?

Dieses Versagen ist nicht allein mit der Angst und Sorge um die eigene Existenz zu erklären. Die Ursache hierfür liegt auch in der Geschichte der Kirche und ihrem Verhältnis zum Volk Israel begründet. Das Studium der Quellen deckt eine erschreckende Tradition des Antijudaismus innerhalb der Kirche auf, von den Kirchenvätern angefangen bis in unsere Zeit. Kennen wir doch alle Aussagen wie diese: "Die Juden haben Jesus, den Messias abgelehnt und gekreuzigt. Sie sind darum von

Gott verworfen. An die Stelle des Alten Bundes ist der Neue Bund getreten. Die Kirche ist das neue, wahre Israel."

Diese geistliche Enterbung Israels ist der Nährboden für viele Vorurteile geworden, die zur Verachtung und Verfolgung der Juden führten. Eine Kirche, die sich mehr und mehr von ihren jüdischen Wurzeln gelöst hatte, war nicht in der Lage, sich solidarisch auf die Seite der Verfolgten zu stellen und für sie einzutreten, und wurde dadurch mitschuldig.

Neuanfang

Erst nach der Katastrophe gab es innerhalb der Kirche den Ansatz zu einer Neubesinnung. Der Anstoß zu einer neuen Begegnung ist der Initiative Einzelner auf beiden Seiten zu verdanken. So war es bei uns vor allem das Verdienst der wenigen überlebenden Duisburger Juden, die trotz ihrer schrecklichen Erlebnisse in unsere Stadt zurückkehrten, daß es zu einem christlich-jüdischen Gespräch kommen konnte. Allen voran sind hier die Namen

von Salomon Lifsches und Herbert Salomon zu nennen, den ehemaligen Vorstehern der Jüdischen Kultusgemeinde Duisburg-Mülheim. Sie setzten sich in vorbildlicher Weise für die christlich-jüdische Versöhnung ein.

Beispiele des jüdisch-christlichen Dialogs in Duisburg

Basierend auf dem persönlichen Kontakt einzelner Juden und Christen, fand sich 1960 ein Kreis zusammen, der eine erste Veranstaltung unter dem Thema "Israel und wir" vorbereitete. An dieser Veranstaltung nahmen Hunderte von interessierten Duisburgern teil. Den Beteiligten wurde bald klar, daß die Voraussetzung für eine wirkliche Erneuerung des Verhältnisses eine theologische Aufarbeitung der Problematik sein mußte. Dazu wurde für eine zweite Veranstaltung im gleichen Jahr Professor Heinz Kremers gewonnen, dessen Bedeutung für den jüdisch-christlichen Dialog noch zu würdigen sein wird.

Aus diesen ersten Kontakten bildete sich ein fester Arbeitskreis, aus dem dann 1963 die "Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft" entstand. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stand von Anfang an die theologische Arbeit einer fundierten Information über Inhalte des jüdischen und des christlichen Glaubens, über Gemeinsamkeiten und Un-

terschiede mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen und Wege zur Zusammenarbeit und zur Versöhnung zu finden.

Neben der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft und teilweise in Verbindung mit ihr entwickelten sich in unserer Stadt weitere Institutionen, wie z.B. das Jüdisch-Christliche Lehrhaus in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule. Nach dem Vorbild eines seit 1966 in Amsterdam bestehenden Biblischen Lehrhauses, das dem gemeinsamen Lernen von Christen und Juden dient, gründeten Professor Heinz Kremers von der Pädagogischen Hochschule Duisburg und der Direktor der Volkshochschule Duisburg, Dr. Klaus Sensky 1969 das "Jüdisch-Christliche Lehrhaus am Niederrhein". Die Teilnehmer der hier regelmäßig stattfindenden Kurse befassen sich vorwiegend mit der Lektüre und Interpretation ausgewählter biblischer und talmudischer Texte. Einige Themen aus den Lehrveranstaltungen zeigen das beispielhaft: "Jüdische Wirklichkeit im Spiegel der jüdischen Feste"; "Jesus von Nazareth und die Schulen der Pharisäer"; "Die Gleichnisse Jesu in jüdischer und christlicher Sicht" und "Messianische Vorstellungen im Judentum und im Christentum".

Besondere Bedeutung im Rahmen des christlich-jüdischen Dialogs kommt auch dem internationalen jüdisch-christlichen Symposium zu, das seit 1969 durch die Initiative von Professor Kremers mehrmals von der Gesamthoch-

schule Duisburg veranstaltet wurde. Es diente vor allem dem theologischen Gespräch unter wissenschaftlichen Maßstäben. Referenten waren jeweils namhafte Wissenschaftler, Juden und Christen beider Konfessionen aus verschiedenen Ländern. Das Thema des ersten Symposiums im März 1969 lautete: "Juden und Christen lesen dieselbe Bibel".

Unter den Institutionen, die sich der jüdisch-christlichen Thematik annehmen, wäre auch die Gemeinschaft evangelischer Erzieher zu nennen. Bei Wochenendtagungen, Seminaren und Israelfahrten werden vor allem Lehrer aller Schularten seit 1962 von christlichen und jüdischen Referenten in die verschiedenen Themenbereiche eingeführt, wie: "Das Leiden im Judentum und im Christentum"; "Israel und sein Land"; "Erlösung im Judentum und im Christentum" und "Jüdische Beiträge zur Gestaltung unserer Welt".

"Gedenket an eure Lehrer" (Hebräer 13,7)

Bei all den angeführten Beispielen des jüdisch-christlichen Dialogs, der bei vielen von uns einen grundlegenden Lernprozeß in Gang setzte, taucht immer wieder der Name eines Mannes auf, ohne dessen Initiative, persönlichen Einsatz und unermüdliches Wirken die hier geleistete Arbeit undenkbar gewe-

sen wäre, unseres verehrten Lehrers Prof. Dr. Heinz Kremers. Er war einer der entscheidenden evangelischen Wegbereiter der christlich-jüdischen Verständigung. Inhalt und Ziel seines Lebens war, "daß wir uns von der Bibel her unser Verständnis des Verhältnisses der Kirche zu Israel korrigieren lassen und daraus existenziell Konsequenzen ziehen, d.h., daß wir versuchen, in allen Lebensbereichen die Bindung unserer Kirche an Israel, in die Gott uns hineingestellt hat, zu realisieren." (H. Kremers, Das Verhältnis der Kirche zu Israel, 1965)



Professor Heinz Kremers † Mai 1988

An der Duisburger Universität,
an der er Evangelische Theolo-

gie und ihre Didaktik lehrte, war er Initiator des Forschungsschwerpunktes "Geschichte und Religion des Judentums". Gemeinsam mit dem in Amsterdam lehrenden Rabbiner Yehuda Aschkenasy leitete er das Jüdisch-Christliche Lehrhaus. Als einer der ersten unternahm er mit Studenten Reisen nach Israel. Er war an der Gründung und dem Aufbau der christlichen Siedlung "Nes Amim" in Israel beteiligt. Durch seine persönlichen Kontakte, u.a. als Gastprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, konnten immer wieder Referenten und Gastprofessoren aus Israel nach Duisburg geholt werden.

Schließlich hat Professor Kremers wesentlich zum Beschluß der Synode der Rheinischen Landeskirche *) "Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden" im Jahr 1980 beigetragen, der bahnbrechend in der evangelischen Kirche war und über die Grenzen unseres Landes hinaus Beachtung gefunden hat. Bei der Eröffnung der "Woche der Brüderlichkeit" im März 1986 wurde ihm die Buber-Rosenzweig-Medaille verliehen, die der Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in jedem Jahr vergibt.

Sein plötzlicher Tod im Mai 1988 hat alle, die ihn kannten und liebten, tief getroffen und eine schmerzliche Lücke hinterlassen. Neben der Trauer um unseren Lehrer erfüllt uns Dank-

*) Der Beschluß ist im Anhang dieses Heftes abgedruckt.

barkeit für das, was er uns gelehrt und vorgelebt hat, wie es im Nachruf der Gemeinde und des Kirchenkreises Moers besonders treffend zum Ausdruck kommt:

"Wir danken Gott dafür, daß wir Heinz Kremers unter uns hatten, der in uns die Liebe zu Israel, Gottes erster Liebe entfacht und wachgerufen hat; der mit großer Geduld uns geholfen hat, alte Vorurteile aufzugeben; der nicht müde wurde, nach neuen Wegen zu suchen und uns auf diese Suche mitzunehmen."

Schlußbetrachtung

Im Blick auf die Vielzahl der Aktivitäten und Veranstaltungen zum Thema Juden und Christen, deren Aufzählung sich noch fortsetzen ließe, könnte der Eindruck entstehen, der Prozeß der Umkehr innerhalb der Kirche und der Erneuerung unseres Verhältnisses zu Israel sei im vollen Gange und im jüdisch-christlichen Dialog sei alles zum besten bestellt. Das wäre jedoch ein fataler Trugschluß. Vor allem zwei Tatsachen sind es, die uns in diesem Zusammenhang immer wieder schmerzlich bewußt werden:

1. Jetzt, da nach vielen Jahrhunderten des Auseinanderlebens Christen anfangen, sich auf die gemeinsamen Wurzeln zu besinnen und erstmals bereit sind, mit Juden, anstatt wie bisher nur über sie zu reden, gibt es bei uns kaum noch jüdische Gesprächspartner. Das

führt zwangsläufig zu einem Ungleichgewicht im Dialog. Nach der Vernichtung der jüdischen Kultur in unserem Land fehlen die Menschen, durch die jüdisches Leben und Denken für uns sichtbar und verstehbar werden könnten. Die verheerenden Folgen, die die Ermordung von sechs Millionen Juden auch für uns haben, werden uns immer stärker bewußt, je mehr wir den Spuren nachgehen. Hier ist eine Lücke gerissen worden, die nie wieder zu schließen sein wird.

2. Die Zahl derer, die den Weg zurück zu den Wurzeln unseres christlichen Glaubens und damit hin zu unseren jüdischen Brüdern und Schwestern uneingeschränkt bejahen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen, ist immer noch sehr klein, und es fehlt nicht an entmutigenden Rückschlägen. So fand etwa der Beschluß der Landessynode *) von 1980 nicht nur Zustimmung, sondern löste auch Kritik und Widerspruch aus. Es liegt noch ein weiter

*) Der Beschluß ist im Anhang dieses Heftes abgedruckt.

Weg vor uns, bis die Erneuerung im Denken und Handeln bis in die Basis unserer Kirche, die Gemeinden hinein wirksam und spürbar sein wird. Allzutief haben antijüdische Denkwesen und Klischees in unserer Kirche Wurzeln geschlagen.

Aber wir wollen und dürfen uns auf diesem Weg nicht aufhalten oder entmutigen lassen. Dazu fordert uns auch die Synode unserer Rheinischen Landeskirche in ihrem Beschluß vom 15. Januar 1988 auf:

"Einige in der Kirche haben nach dem Holocaust zu Umkehr und Erneuerung gerufen. Auch in unserer rheinischen Kirche haben wir uns vorgenommen, das Verhältnis von Christen und Juden zu verändern. Es ist uns bis heute nur unzureichend gelungen. Die Landessynode bittet die Gemeinden in der rheinischen Kirche, den fünfzigsten Jahrestag des Synagogenbrandes zum Anlaß zu nehmen, wiederum über die Erneuerung unseres Verhältnisses zum jüdischen Volk nachzudenken und in der Praxis unseres Gemeindelebens Umkehr zu verwirklichen."

Anhang:

Synodalbeschluß von 1980

Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden

Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.

Römer 11, 18 b

1. In Übereinstimmung mit dem „Wort an die Gemeinden zum Gespräch zwischen Christen und Juden“ der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 12. Januar 1978 stellt sich die Landessynode der geschichtlichen Notwendigkeit, ein neues Verhältnis der Kirche zum jüdischen Volk zu gewinnen.
2. Vier Gründe veranlassen die Kirche dazu:
 - (1) Die Erkenntnis christlicher Mitverantwortung und Schuld an dem Holocaust, der Verfemung, Verfolgung und Ermordung der Juden im Dritten Reich.
 - (2) Neue biblische Einsichten über die bleibende heilsgeschichtliche Bedeutung Israels (z. B. Röm. 9—11), die im Zusammenhang mit dem Kirchenkampf gewonnen worden sind.
 - (3) Die Einsicht, daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind (vgl. Studie „Christen und Juden“ III, 2 und 3).
 - (4) Die Bereitschaft von Juden zu Begegnung, gemeinsamem Lernen und Zusammenarbeit trotz des Holocaust.

3. Die Landessynode begrüßt die Studie „Christen und Juden“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und die ergänzenden und präzisierenden „Thesen zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ des Ausschusses „Christen und Juden“ der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Die Landessynode nimmt beide dankbar entgegen und empfiehlt allen Gemeinden, die Studie und die Thesen zum Ausgangspunkt einer intensiven Beschäftigung mit dem Judentum und zur Grundlage einer Neubesinnung über das Verhältnis der Kirche zu Israel zu machen.

4. Deshalb erklärt die Landessynode:

(1) Wir bekennen betroffen die Mitverantwortung und Schuld der Christenheit in Deutschland am Holocaust (vgl. Thesen I).

(2) Wir bekennen uns dankbar zu den „Schriften“ (Lk. 24, 32 und 45; 1. Kor. 15, 3 f.), unserem Alten Testament, als einer gemeinsamen Grundlage für Glauben und Handeln von Juden und Christen (vgl. Thesen II).

(3) Wir bekennen uns zu Jesus Christus, dem Juden, der als Messias Israels der Retter der Welt ist und die Völker der Welt mit dem Volk Gottes verbindet (vgl. Thesen III).

(4) Wir glauben die bleibende Erwählung des jüdischen Volkes als Gottes Volk und erkennen, daß die Kirche durch Jesus Christus in den Bund Gottes mit seinem Volk hineingenommen ist (vgl. Thesen IV).

(5) Wir glauben mit den Juden, daß die Einheit von Gerechtigkeit und Liebe das geschichtliche Heilshandeln Gottes kennzeichnet. Wir glauben mit den Juden Gerechtigkeit und Liebe als Weisungen Gottes für unser ganzes Leben. Wir sehen als Christen beides im Handeln Gottes in Israel und im Handeln Gottes in Jesus Christus begründet (vgl. Thesen V).

(6) Wir glauben, daß Juden und Christen je in ihrer Berufung Zeugen Gottes vor der Welt und voreinander sind; darum sind wir überzeugt, daß die Kirche ihr Zeugnis dem jüdischen Volk gegenüber nicht wie ihre Mission an die Völkerwelt wahrnehmen kann (vgl. Thesen VI).

(7) Wir stellen darum fest:

Durch Jahrhunderte wurde das Wort „neu“ in der Bibelauslegung

gegen das jüdische Volk gerichtet: Der neue Bund wurde als Gegensatz zum alten Bund, das neue Gottesvolk als Ersetzung des alten Gottesvolkes verstanden. Diese Nichtachtung der bleibenden Erwählung Israels und seine Verurteilung zur Nichtexistenz haben immer wieder christliche Theologie, kirchliche Predigt und kirchliches Handeln bis heute gekennzeichnet. Dadurch haben wir uns auch an der physischen Auslöschung des jüdischen Volkes schuldig gemacht.

Wir wollen deshalb den unlöslichen Zusammenhang des Neuen Testaments mit dem Alten Testament neu sehen und das Verhältnis von „alt“ und „neu“ von der Verheißung her verstehen lernen: als Ergehen der Verheißung, Erfüllen der Verheißung und Bekräftigung der Verheißung; „Neu“ bedeutet darum nicht die Ersetzung des „Alten“. Darum verneinen wir, daß das Volk Israel von Gott verworfen oder von der Kirche überholt sei.

(8) Indem wir umkehren, beginnen wir zu entdecken, was Christen und Juden gemeinsam bekennen:

Wir bekennen beide Gott als den Schöpfer des Himmels und der Erde und wissen, daß wir als von demselben Gott durch den aaronitischen Segen Ausgezeichnete im Alltag der Welt leben.

Wir bekennen die gemeinsame Hoffnung eines neuen Himmels und einer neuen Erde und die Kraft dieser messianischen Hoffnung für das Zeugnis und das Handeln von Christen und Juden für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.

5. Die Landessynode empfiehlt den Kreissynoden die Berufung eines Synodalbeauftragten für das christlich-jüdische Gespräch.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, erneut einen Ausschuß „Christen und Juden“ einzurichten und Juden um ihre Mitarbeit in diesem Ausschuß zu bitten. Er soll die Kirchenleitung in allen das Verhältnis von Kirche und Judentum betreffenden Fragen beraten und Gemeinden und Kirchenkreise zu einem vertieften Verständnis des Neuansatzes im Verhältnis von Juden und Christen verhelfen.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, zu prüfen, in welcher Form die Evangelische Kirche im Rheinland eine besondere Mitverantwortung für die christliche Siedlung Nes Ammim in Israel so übernehmen kann, wie dies andere Kirchen (z. B. in

den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland) bereits tun.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, dafür zu sorgen, daß das Thema Christen und Juden in der kirchlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung angemessen berücksichtigt wird.

Die Landessynode hält es für wünschenswert, daß an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und an der Gesamthochschule Wuppertal ein regelmäßiger Lehrauftrag mit der Thematik „Theologie, Philosophie und Geschichte des Judentums“ wahrgenommen wird, und bittet die Kirchenleitung, in diesem Sinne mit der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und mit der Gesamthochschule Wuppertal zu verhandeln.
